

Die EU im Corona-Schock

■ HEINER BOBERSKI



© kleinezeitung.graz

Heiner Boberski ist Journalist und Buchautor. Er war Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Furche“ und Ressortleiter in der „Wiener Zeitung“.

Es ist noch viel zu früh für eine abschließende Analyse der Corona-Krise in Europa, nicht aber für eine Zwischenbilanz: Die EU hat sich dabei nicht gerade von ihrer besten Seite gezeigt. Wobei man unter EU nicht nur das beliebte Feindbild „Brüssel“, also die EU-Kommission und diverse EU-Institutionen, verstehen sollte, denn die wahren Probleme liegen oft im mangelnden Konsens und in den Konflikten der einzelnen EU-Staaten.

Eine Prise davon konnten wir auch in Österreich im parteipolitischen Hickhack über die Richtigkeit und Dauer bestimmter Maßnahmen erleben. In Deutschland überließ Kanzlerin Angela Merkel zuletzt den einzelnen Bundesländern, wie sie mit der Bekämpfung des Virus und einer schrittweisen Rückkehr zur „Normalität“ umgehen. Auf europäischer Ebene, innerhalb und außerhalb der EU, aber auch auf globaler Ebene klafften die Reaktionen auf den Erreger Sars-CoV-2 ohnedies völlig auseinander.

Impfgegner und Anhänger von Verschwörungstheorien erklärten das Virus sowieso für inexistent oder ungefährlich, es diene nur als Vorwand, damit ominöse Finsterlinge, etwa Bill Gates, daraus Kapital schlagen. Egozentrische Machtpolitiker ignorierten die Gefahr viel zu lange und beförderten damit ihre Länder ins Spitzenfeld der Corona-Statistik: Donald Trump (USA), Jair Bolsonaro (Brasilien), Boris Johnson (Großbritannien). Daran ist nicht zu rütteln, auch wenn die Corona-Statistik mit großer Vorsicht zu genießen ist.

Wie hoch die Sterberate wirklich ist, lässt sich seriös nicht beantworten, weil niemand die genaue „Dunkelziffer“ (die Zahl

der Erkrankungen ohne Testnachweis) in den einzelnen Staaten kennt. Auch die Zählung der „an“ oder „mit“ Covid-19 Verstorbenen ist in etlichen Ländern völlig undurchschaubar. Nur ein Beispiel: Am 25. Mai 2020 meldete Brasilien 365.213 Erkrankungen und 22.746 Tote, Russland hingegen bei 353.427 Coronafällen nur 3633 Tote. Faktum ist: Wenn man nicht eine immens hohe Dunkelziffer annimmt, die es zumindest in Österreich laut bisherigen Studien nicht gibt, ist Sars-CoV-2 deutlich tödlicher als der Influenza-Erreger.

Welche Rolle hat die EU in dieser Krise gespielt? Hat sie versagt? Haben ihr die erstarkten Nationalstaaten den Rang abgelaufen? Wird sie nicht mehr gebraucht?

EU-Kommissare warnten

Als sich Covid-19 im Jänner in China ausbreitete und dort die 11-Millionen-Stadt Wuhan abgeriegelt wurde, machte das in Europa nur sehr wenigen Sorgen. Dennoch traten am 29. Jänner seitens der EU die zyprische Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides und der slowenische Krisenkommissar Janez Lenarčič vor die Presse. Sie rieten den Mitgliedsländern, Pläne für eine mögliche Krise vorzubereiten, vor allem aber die Bestände an Schutzmaterialien zu prüfen und bei Bedarf aufzustocken.

Wer nun versagte oder jedenfalls unglücklich agierte, waren die Medien und die Mitgliedsländer. Die Journalisten konzentrierten sich auf den Auszug der Briten aus dem EU-Parlament, keine Zeitung berichtete von der Pressekonferenz. Man fand sie angesichts von damals nur acht Infektionen in der EU, je vier in Frankreich und Deutschland, „übertrieben“, zudem habe

sich die Anschaffung von Schutzkleidung zuvor oft als überflüssig erwiesen. In Österreich ergossen sich bekanntlich jahrelang Spott und Hohn über Maria Rauch-Kallat, weil sie einst als Gesundheitsministerin neun Millionen nie gebrauchte Schutzmasken angekauft hatte.

Die EU-Länder antworteten übrigens – bis auf vier kleine Länder – auf den Vorstoß der Kommissare, man sei gut ausgerüstet. Alle unterschätzten die Gefahr, wie EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen Anfang März zugab. Das galt auch für das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) in Stockholm. Als Österreichs Europaministerin Karoline Edtstadler am 7. Februar diese Einrichtung besuchte, versicherte man ihr dort, das Risiko einer Pandemie sei gering bis mäßig. Eine Woche später trafen einander die EU-Gesundheitsminister in Brüssel, für Österreich war erstmals Rudolf Anschober dabei. Von dem dort noch beschworenen gemeinsamen Vorgehen in der Krise konnte bald keine Rede mehr sein. Als Italien Ende Februar um Hilfe rief, wurden rasch die Grenzen geschlossen, ein Gerangel um Schutzausrüstung – die eben nicht in ausreichendem Maß vorhanden war – setzte ein. Europa erkannte – hoffentlich mit nachhaltigen Konsequenzen –, wie abhängig es von Asien geworden war.

Bei Pandemien zählen schnelles Handeln, Konsequenz und vor allem Geduld. Es ist unvermeidlich, dass rasch alle Kontakte auf ein Minimum beschränkt und möglichst lückenlos entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden. Bei einem Rückgang der Infektionszahlen ist zu empfehlen, nicht alle Bereiche gleichzeitig wieder „hochzufahren“, sondern nur nach und nach zur „Normalität“ zurückzukehren. Leider bedeutet dies für eine gewisse Zeit einen weitgehenden Stillstand des öffentlichen Lebens und für viele einen massiven Verlust an Einkommen und Lebensqualität.

Handelt man zu spät, werden die Pro-

bleme nur größer, wie sich an etlichen EU-Staaten zeigte: Italien (das, wie man zugeben muss, am wenigsten Zeit hatte, sich auf die Krise vorzubereiten), Spanien, Frankreich, Belgien, die Niederlande, aber letztlich auch Schweden, dessen anfangs vielgerühmter eigener Weg zu relativ vielen Toten und kaum geringeren ökonomischen Problemen führte.

Die Krise war ein Weckruf

Verluste müssen alle hinnehmen, aber jene Staaten, die bei der Bekämpfung der Seuche erfolgreicher waren, dürften sich schneller erholen, neben einigen osteuropäischen Ländern auch Österreich, Dänemark oder Griechenland. Als Weckruf sollte man die Krise aber auch dort verstehen, wo man sie relativ glimpflich überstanden hat. Die nächste Herausforderung, der Klimawandel, kommt bestimmt, und wird nur mit einem neuen Lebensstil, nicht mit ein paar Wochen Quarantäne zu bewältigen sein.

Die wirtschaftlichen Nöte nach Corona zu mildern, ist nun keine rein nationale Aufgabe, hier wird die EU wieder wichtig. Während dieser Kommentar entsteht, ringt man noch heftig um eine Lösung – wobei Österreich, wieder einmal, zu den „Spar-samen“ gehört –, wenn er erscheint, wird wohl ein Weg gefunden sein, um besonders geplagten Ländern wie Italien und Spanien wieder finanziell auf die Beine helfen.

Genauso wichtig wie die Finanzfragen sollten der EU aber auch die zeitweilig eingeschränkten Grundrechte sein. Nicht nur China hat die Coronakrise für Machtpolitik – gegenüber Hongkong – genutzt, sondern auch mitten in der EU Ungarns Präsident Viktor Orban. Will die EU eine echte Wertegemeinschaft sein und nicht nur ein Klub, der sich – mit viel Streit – in Finanznöten gegenseitig aushilft, muss sie in allen Ländern, die EU-Mitglieder sein wollen, auf die Einhaltung demokratischer Minimalstandards, vor allem auch Medienfreiheit und eine unabhängige Justiz, bestehen. ■

■ Die nächste Herausforderung, der Klimawandel, kommt bestimmt, und wird nicht mit Quarantäne zu bewältigen sein.